



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die bevorstehenden bayerischen Wahlen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die bevorstehenden bayerischen Wahlen.

Die Landtagswahlen, auf welche man sich gegenwärtig in Hannover und in Nassau rüftet, versprechen mit größter Wahrscheinlichkeit der deutschen Fortschrittspartei eine zuverlässige Mehrheit. In Bayern dagegen wird dieselbe von Glück sagen können, wenn es ihr gelingt, sich zu einer numerisch nicht ganz verschwindenden Minderheit zu verstärken. Die vorige Abgeordnetenversammlung war zu einer Zeit gewählt, wo noch alle diejenigen zusammengingen, welche aus der Verfassung Herrn v. d. Pfordten zum Troste eine Wahrheit machen wollten; erst im weiteren Verlauf ihrer Wirksamkeit schied sich die liberale und conservativ-liberale Mehrheit in Particularisten und Nationalgesinnte, wobei die Letzteren kaum viel mehr als ein Duzend von den 140—50 Sitzen der Kammer behaupteten. Sie hoffen jetzt, es bis etwa auf zwei Duzend zu bringen. Von einer der Mehrheit nahekommenden Minderheit ist also, wie man sieht, keine Rede. Die Fortschrittspartei wird sich nach wie vor in der Nothwendigkeit befinden, durch Energie und Consequenz ihre numerische Schwäche einigermaßen zu verdecken. Und auch um dieses bescheidene Resultat zu erreichen, sind die äußersten Anstrengungen erforderlich, deren man in Deutschland heutzutage fähig ist.

Die Auflösung traf die Opposition vollkommen unvorbereitet. Kammer und Regierung hatten mit einander so friedlich gelebt, daß der Gedanke, die Erstere werde eines andern als eines natürlichen Todes sterben, Niemandem begehren konnte. Aber der particularistische Instinct ist in Bayern stärker entwickelt als selbst in den übrigen Mittelstaaten, und er fand heraus, daß ein günstigerer Augenblick als der jetzige für die Neuwahl nicht erscheinen konnte. Das Mandat der vorigen Kammer würde im December des Jahres 1864 erloschen sein. Es läßt sich klar genug voraussehen, daß bis zu diesem Zeitpunkt die Zollvereinswirren eine gefährliche Gestalt angenommen und die Gemüther von Grund aus aufgeregert haben müssen. Wie sich dann die Mehrheit der Bevölkerung zu dem Handelsvertrage mit Frankreich stellen, ob sie dann auch noch mit dem Hofrath v. Kerstorf lieber zehn Zollvereine opfern als ein Stückelchen von Bayerns Selbständigkeit fahren lassen, oder ob sie den Zollverein wird er-



halten wollen, indem sie sich zur Annahme des Handelsvertrags bequemt, wozu jetzt schon die meisten Handelskammern entschieden rathen — das ist eine Frage, die auch in München im verschwiegenen Cabinet wohl wesentlich anders beantwortet werden möchte, als in ruhmredigen Artikeln der münchener, augsburger und nürnbergger Blätter. Dazu kommt eine zweite, noch gewichtigere Erwägung. In diesem Augenblick sorgt das Ministerium Bismarck dafür, daß die Propaganda des Nationalvereins so ziemlich stille steht. Aber wie, wenn die bayerischen Wahlen vor sich gehen sollten, nachdem die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses über die Kreuzzeitungspartei triumphirt und damit das Programm des Nationalvereins zu dem der preussischen Regierung erhoben hätte? Genug, Aufschub wäre eine Thorheit gewesen und Vorwände waren bald gefunden. Den einen benutzte man officiell, den andern unter der Hand. Daß sie etwas durchsichtig waren, schadete lange nicht so viel als eine ungünstige Wahl, und Herr v. Verchenfeld ergriff wohl nur seiner Gesundheit halber die Gelegenheit zu einem Gallausbruch in der Allgemeinen Zeitung, als sich fand, daß gewisse unveröhnliche Kritiker den Auflösungserlaß nicht wie ein Evangelium hinnehmen wollten.

Zu den allgemeinen Gründen für sofortige Auflösung, die sich aus den Stimmungen des Momentes herleiteten, konnte man noch einen anderen fügen, der ebenfalls keine geringe Bedeutung hatte. Eben jetzt war die particularistisch-großdeutsche Partei daran, sich vermöge eines Netzes von Reformvereinen zum ersten Mal gehörig zu organisiren. Die an sich schwächern Gegner hätten dies Geschäft lieber aufgeschoben, um es in eine ihnen gelegeneren Zeit fallen zu lassen, und hatten bis zum Tage der Auflösung thatsächlich noch so gut wie nichts dafür gethan. In einem Lande von Bayerns Umfang aber ist die Organisation einer Partei immerhin eine zeitraubende Arbeit. Die Wahlen sollten folglich nicht bloß alsbald ausgeschrieben, sie sollten auch auf möglichst nahe Termine verlegt werden. Für die Urwahlen ist daher der 20., für die Abgeordnetenwahlen der 29. April bestimmt. Von einem weiteren Mittel erwünschte Wahlen zu veranlassen, das der mangelhafte Zustand der Gesetzgebung noch in die Hand der Regierung legt, der Eintheilung der Wahlbezirke, hat dieselbe, wie es bis jetzt scheint, einen leidlich loyalen Gebrauch gemacht. Es in westphalischer oder reigersbergischer Weise auszubeuten, hätte allerdings einen üblen Geruch verbreiten müssen und konnte ja auch neben so vielen anderen Vortheilen sehr überflüssig erscheinen.

Am 1. März erschien der königliche Auflösungserlaß, in dem so deutlich, wie der constitutionelle Anstand es irgend zuließ, eine Wiederwahl der bisherigen Mehrheit empfohlen wurde. Vierzehn Tage später fand in Nürnberg die erste Zusammenkunft derjenigen statt, deren Wunsch es sein mußte, so viel als möglich anders gesinnte Männer in die Kammer zu bringen. Drei Wochen nach

der Auflösung ging das Programm der bayerischen Fortschrittspartei in die Welt. Noch eine weitere Woche, und dem Programm der Partei folgte der von ihren Begründern unterzeichnete Wahlaufruf. Damit ist aller vorhandenen Nachtheile unerachtet die Agitation von dieser Seite doch noch früher in Gang gesetzt worden als von der Gegenpartei.

Es war in Bayern keine so leichte Aufgabe wie etwa in Nassau, die Anhänger der Freiheit und Einheit in eine einzige geschlossen auftretende Partei zu sammeln. Man hatte es zum Theil mit sehr spröden Bestandtheilen zu thun, deren gegenseitige Nachgiebigkeit durch die Ungunst der allgemeinen Lage kaum gesteigert werden konnte. Altbayern war von vornherein aufzugeben. Wenn hier der deutsche Gedanke Wurzel schlagen soll, so bedarf es einer Gunst der Umstände, wie wir sie gegenwärtig kaum mehr recht zu hoffen wagen. Es gibt zwar Tirailleurs, Eclaircurs der nationalen Armee nicht nur in München, sondern auch z. B. in der ehemaligen Universitätsstadt Landshut; aber diese haben vorerst nur die Wahl, ihre wahre Farbe thunlichst zu verdecken, oder die Zielscheibe von tausend Geschossen des Hohnes und der Wuth zu sein. In beiden Fällen sind sie von keinem directen praktischen Nutzen. Aehnlich, wie in Ober- und Niederbayern, steht es in der Oberpfalz mit der Hauptstadt Regensburg. Bleiben Franken, Schwaben und die Pfalz. In Franken hat der Fortschritt vorzugsweise den Widerstand der Ultramontanen zu überwinden. Aber der Particularismus ist hier nicht halb so mächtig wie in Altbayern; denn das Stammes- und Heimathsgefühl des Franken ist durch den natürlichen Gegensatz zur Staatsangehörigkeit einer wahrhaft nationalen Gesinnung eher günstig als zuwider. Indessen hat die politische Entwicklung es mit sich gebracht, zumal in der fränkischen Hauptstadt Nürnberg, daß der Gegensatz zwischen den aristokratisch-gemäßigten und den demokratisch-radicalen Liberalen noch nicht völlig ausgeglichen ist. Wo die Letztern vorangehen, folgen die Ersteren nur zögernd und widerwillig. Dies macht den Ausgang der vor Allem wichtigen nürnbergger Wahl einigermaßen unsicher. Nürnbergs bisherige Abgeordnete waren die beiden Führer der Fortschrittspartei Brater und Krämer, und ein dritter Angehöriger derselben Namens Längensfelder. Die veränderte Einteilung der Wahlbezirke hat dem Wahlort Nürnberg einen Abgeordneten genommen. Die Wiederwahl von Brater und Krämer war daher für die Fortschrittspartei von selbst gegeben. Diese machte überhaupt, wie wir gesehen haben, bei Münchens einstweiliger gänzlicher Unzugänglichkeit die auf ihren alten Ruhm und auf ihre fortdauernde Blüthe hinreichend stolze „zweite Stadt des Landes“ zu ihrem Hauptquartier und weckte so in Nürnberg zuerst unter den Städten des Landes auch die gegnerische Wahlagitation, der es dort weder an Geschick noch an relativen Erfolgen zu mangeln scheint. Ihre Leitung übernahm der Ausschuß des deutschen Sängersfestes von 1861, der sich als solcher populär

gemacht hatte und aus leidlich liberalen Leuten bestand. Da weder Brater noch Crämer in Nürnberg wohnt, gab man das Stichwort aus, ein Platz wie dieser dürfe sich nicht auswärtz nach Vertretern umsehen und müsse insbesondere darnach trachten, ein paar tüchtige Kaufleute in die Kammer zu bringen. Sorgfältig wurde jeder sichtbare Zusammenhang mit den Ultramontanen und Reactionären vermieden, die in München, Augsburg und Würzburg den sogenannten Reformverein füllen, während in Nürnberg noch keiner hat auftauchen wollen. Trotz aller dieser Anstalten darf man bis jetzt gleichwohl die Hoffnung hegen, daß die fränkische Hauptstadt ihrer bisherigen nationalen und liberalen Fahne treu bleiben wird. Nächst Nürnberg ist es hauptsächlich der blühende Handelsplatz Schweinfurt am Main, wo Protestantismus und wirthschaftliche Interessen zusammenwirken, der nationalen Gesinnung einen guten Boden zu bereiten. Aber auch die „dritte Stadt des Landes“, die schwäbische Hauptstadt Augsburg denkt man diesmal der Fortschrittspartei zu erobern. Sie hat da bereits einen starken Halt im Magistrat; der Bürgermeister Fischer und zwei Magistratsräthe haben den Wahlausruf mit unterzeichnet. Außerdem wohnt jetzt in Augsburg das beredteste und volksbeliebteste Mitglied der Partei, Advocat Bölk. Er und sein Colleague Barth, in Kaufbeuern, vormaliges Parlamentsmitglied, sind die erfahrenen und hochgeachteten Führer der deutschen Partei in Bayrisch-Schwaben. Das ist keine schwache Partei. Ein bißchen günstiger politischer Wind von Norden her würde ihr in dieser Provinz die unbedingte Herrschaft geben. Aber es ist eine vorwiegend gemäßigte Partei, und die jetzige milde Verwaltung stimmt sie daher zu Rücksichten, welche die feurigeren Franken für sich allein nicht nehmen würden. Soweit freilich wie die Rheinpfälzer gehen weder die Franken in ihrem gelegentlichen radicalen Ungestüm, noch die Schwaben in ihren schonungsvollen Rücksichten. Die Pfalz ist für Bayern ein wahres Kreuz, ungefähr wie es früher die Rheinprovinz für Preußen war und wie es noch heute Ostfriesland für Hannover ist. Sie will schlechterdings in Bayern nicht aufgehen, und das nicht aus Hingebung an Deutschland, sondern halb aus Particularismus und halb aus Hang zu einer ewigen unfruchtbaren Opposition. Niemand kann trefflicher als der Pfälzer auf alle Autorität schimpfen, so lange man ihn nicht auf den Mund geschlagen hat, und Niemand duckt sich dann wieder tiefer als er, wenn die schwere Hand der Gewalt sich auf ihn legt. Sein ganzes Wesen ist fröhliche Selbstsucht und Genußsucht, der es leicht wird, sich in dem Enthusiasmus eines heißen Augenblicks zu tollkühnen Experimenten aufzuschwingen, aber schwer oder fast unmöglich, ernst, zähe und aufopfernd auch im ruhigen Flusse des Alltagslebens an der politischen Reform zu arbeiten. Diesem Naturell entsprechend haben die Pfälzer während der Reactionszeit ein wahres Pascharegiment geduldig ertragen und die Kammern mit den servilsten Elementen bevölkert, und will auch jetzt ihr wieder aufgewachter

Radicalismus mit der auf erreichbare Ziele gerichteten Fortschrittspartei im übrigen Bayern schlechterdings nicht gemeine Sache machen. Einer ihrer Führer hat es in einer Art Manifest durch den in Ludwigshafen herauskommenden Pfälzer Kurier mit nackten Worten ausgesprochen, daß sie theils zu radical, theils zu servil seien, um mit Männern wie Brater und Krämer dieselben Wege zu wandeln. Zu radical: denn ein monarchischer Bundesstaat könne ihrer Sehnsucht bei weitem nicht genügen. Zu servil: denn da das unbedingt gebieterische Interesse der Pfalz am Handelsvertrage sie obnehin schon zu der jetzigen Regierung in Opposition setze, so sei es doppelt unrathsam, der Regierung noch einen andern Anstoß zu geben, indem man ihrer Angst vor einer Mediatifirung neue Nahrung gebe. Die Masse der pfälzischen Volksvertreter wird daher, sofern sie nicht geradezu regierungsfreundlich auftritt, in der neuen Kammer dieselbe mißtrauische und bemißtraute Seitenstellung einnehmen wie in der vorigen. Es gibt zwar auch in der Pfalz Keime eines kräftigen und gesunden Liberalismus, aber diese haben an dem im vorigen Sommer so unerwartet verstorbenen Abgeordneten Buhl in Deidesheim ihre Hauptstütze verloren. Buhls Tod ist überhaupt für seine Partei ein schwerer Verlust gewesen. Er war im hohen Grade was man einen praktischen Menschenkenner nennen mag, und sorgte mit Vorliebe und Geschick für die sociale Bindung der einander noch fernstehenden Parteigenossen. Der Richtung, welche er in der Pfalz vertrat, gehört übrigens auch sein wohlgesinnter Schwager Jordan in Deidesheim an, sie vertritt auch nach des Vaters Hinscheiden sein ältester Sohn, von dem man eines Tags vielleicht sagen wird, was Burke nach der Jungferrede William Pitts sagte: „Das ist nicht bloß ein Spahn von dem alten Block, es ist der ganze alte Block.“

Die Pfalz muß also ihrem Schicksal überlassen werden. In dem ganzen rechtsrheinischen Bayern dagegen wird für das freie und geeinigte Vaterland unter einer und derselben Fahne gefochten werden, welche die Aufschrift „deutsche Fortschrittspartei“ trägt. Diese Aufschrift allein schon genügt, den Charakter der neuen Partei für Freund und Feind hinlänglich zu stempeln. Es ist der förmliche Anschluß an die Männer, welche jetzt die Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses bilden und die ungeheure Mehrzahl des preussischen Volks hinter sich haben; der Anschluß an jene anderen, welche in Baden und den beiden Hessen die Ständeversammlung bereits beherrschen, in Hannover und Nassau sich zuversichtlich anschließen, dasselbe Ziel zu erreichen, in Württemberg der Mehrheit nahe sind, in Thüringen und den freien Städten selbst die Regierungen immer mehr in ihre Kreise ziehen, und in Sachsen endlich wenigstens angefangen haben, nach bestimmendem Einfluß zu streben. Nirgends allerdings muß die deutsche Fortschrittspartei behutsamer und taktvoller auftreten als in Bayern, nirgends ist sie abhängiger von wechselnden Stimmungen,

und dem endlichen Siege noch ferner. Aber man braucht nicht weit in die Vergangenheit zurückzugehen, um sich von den gemachten großen Fortschritten zu überzeugen. Zum ersten Mal gibt es jetzt in Bayern eine in den meisten Provinzen vertretene active Bundesstaatspartei. Ein paar der bedeutendsten Städte des Landes versprechen in ihrem Sinne zu wählen. Von der inländischen Presse gehören zwar nur einige Localzeitungen zu ihr, seit die Süddeutsche Zeitung sich in Frankfurt am Main mit der ehemaligen „Zeit“ verschmolzen hat; aber auch die Süddeutsche Zeitung ist neben ihrer allgemeinen Bedeutung noch immer als ein bayerisches Blatt zu betrachten. Wenn einem einzelnen Manne bei dieser stetig fortschreitenden Umwandlung ein hervorragendes Verdienst zukommt, so ist es der ursprüngliche Gründer der Süddeutschen Zeitung, der frühere Bürgermeister von Nördlingen und Mitherausgeber des bluntschlichen Staatswörterbuchs Karl Brater. Hätte er bei dem schwierigen und mühevollen Unternehmen einer Zeitungsgründung im feindlichen Lager nicht leider einen guten Theil seiner Gesundheit zugesetzt, so würde die bayerische Fortschrittspartei an ihm einen allen Prüfungen gewachsenen Führer haben. Es ist ein öffentliches Geheimniß, daß er die eigentliche Feder des Nationalvereins ist, dessen politische Jahresberichte, gleichwie die Mehrzahl seiner Erklärungen über Tagesfragen von Braters Hand sind. Aber der bloße Eintritt schon war ein Act unerschrockenen Muthes und gleichzeitig kühler Ueberlegung, dessen nicht Viele fähig gewesen wären. Barth und Bölk wagten nicht desgleichen zu thun, obwohl sie inmitten einer ungleich bessergesinnten Bevölkerung lebten; und Crämer, der den Schritt mitthat, konnte ihn seiner localen und politischen Stellung nach bei weitem eher thun. Konnte Brater doch kaum eine Miethwohnung in ganz München finden, als es rühbar geworden war, daß er dem „Preußenverein“ beigetreten! Aber ein kurzes Jahr genügte, um der von ihm geleiteten Zeitung selbst in München Achtung und ängstliche Aufmerksamkeit zu verschaffen. Freilich war diese Thätigkeit so aufreibend, daß er nach dritthalb Jahren darauf verzichten mußte, selbst zu redigiren, wo dann die Verlegung nach Frankfurt zu einer factischen Nothwendigkeit wurde. Seine schwankende Gesundheit hat Brater nicht abgehalten, jetzt die Leitung des Wahlfeldzugs zu übernehmen. Es fand sich kein anderer tauglicher Mann, und so trat er, von seinem lebendigen Pflichtgefühl gedrängt, in die Lücke. Man sagt nicht zu viel, wenn man prophezeit, daß unter seiner ebenso taktvollen als energischen Leitung die Wahlen für die deutsche Fortschrittspartei ein so gutes Ergebnis liefern werden, wie es unter den gegebenen widerwärtigen Umständen irgend möglich ist. Eine nächste Neuwahl mag dann in besseren Tagen den Rest thun.